

Geschlechterforschung, Postmoderne und die Wissenschaft von der Politik - Ansichten aus einem aktuellen Paradigmenstreit

1. Einführung

Unter dem Dach von Geschlechterpolitik und -forschung rumort es: Das politische Projekt »Neue Frauenbewegung«, das in den vergangenen Jahren gleichsam spiegelbildlich zur wachsenden Zahl feministisch-theoretischer Arbeiten in die Krise geriet, hat sich zusehends akademisiert - mit dem Resultat, daß die Grundsatzfrage nach den Parametern und Zielen von Geschlechterforschung wieder ins Zentrum der Diskussion gerät. Praktikerrinnen beklagen, im feministischen Haus herrsche inzwischen eine Wissenschaftlerinnenmehrheit, die den Kopf nicht mehr vor die Tür stecke und deren ehemals politisches Engagement in der Besenkammer verstaube. »Eine Vermittlung von feministischer Theorie und Praxis, ein Essential feministischer Politik, findet nicht mehr statt« (beiträge 1993: 6). Die als Humanistinnen oder Essentialistinnen bezeichneten Geschlechterforscherinnen unterstellen die Zugehörigkeit zu einem »gemeinsamen« Geschlecht der Hausbewohnerinnen und irritieren damit die wachsende Zahl derer, die diese Identifizierung für fragwürdig oder gar verzichtbar halten. Postmoderne Feministinnen knüpfen die Unterkunft im feministischen Haus stattdessen an den Grad jeweiliger Dezentriertheit und Subversivität und wollen im übrigen nicht mehr umstellt von den kategorialen Gerüsten einer Patriarchats- und Kapitalismuskritik leben - dieses sei zu schweres und antiquiertes feministisches Mobiliar. Und inmitten dieses Konflikts drängt es schließlich auch eine Reihe von männlichen Standesvertretern zur sporadischen Untermiete in der feministischen Geschlechterforschung.

Den Kern der Auseinandersetzung zwischen postmodernen und strukturkritischen Feministinnen markieren erkenntnistheoretische wie auch politische und strategische Konfliktlinien. Während in der bisherigen Diskussion um die Beziehung von Kapitalismus und Patriarchat, um die Verwendung von psychoanalytischen oder soziologischen Theorien oder um die Definitionen von Geschlechterpolitik immerhin noch eine schnittmengenhafte Übereinkunft über Ziele feministischer Arbeit bestand¹, scheint die-

¹ Diese Übereinkunft läßt sich für die Anfänge der Neuen Frauenbewegung und ihrer Theorie mit Seyla Benhabib so umschreiben: »...there is consensus around a minimal

ser Konsens inzwischen zunehmend fragwürdig: Paradigmen, Begriffe und Erkenntnisinteressen haben sich auseinanderentwickelt und treten oft nur noch unter größten Sprachproblemen in einen Dialog. Wenn Seyla Benhabib und Drucilla Cornell den um das Jahr 1987 diagnostizierten Paradigmenwechsel in der feministischen Theorie als »displacement of the paradigm of production« bezeichnet haben (Benhabib/Cornell 1987: 1), so kann der jetzt keimende Konflikt als Auseinandersetzung um das »displacement of the paradigm of sex/gender« - die Verschiebung/Verdrängung² des Geschlechtsparadigmas - beschrieben werden. Die Herausgeberinnen der *Feministischen Studien*, Hilge Landweer und Mechthild Rumpf, vermerken in ihrer Einleitung zum Band *Kritik der Kategorie »Geschlecht«* von 1993 wachsende »wechselseitige Irritationen« zwischen den sogenannten postmodernen Feministinnen und Vertreterinnen der Geschlechterforschung. Und während Frigga Haug die Ursachen des Konflikts in einer »zum besseren Begreifen vorgenommenen Absehung von Praxis, Verhältnissen, Herrschaft usw« der Postmodernen sieht, meinen Landweer und Rumpf als Ursprung des potentiellen Schismas einen Generationenkonflikt zu erkennen, ausgelöst durch das Unverständnis einer älteren und noch frauenbewegten Forscherinnenriege gegenüber dem Erfahrungshintergrund junger WissenschaftlerInnen und StudentInnen, die mit den »Kampfverhältnissen« der alten Generation nicht mehr viel anfangen können (Landweer/Rumpf 1993: 4).

In diesen unübersichtlichen Wohnverhältnissen im »Haus der Geschlechterforschung« versucht sich nun auch eine feministische Politikwissenschaft zu verorten. Denn obwohl der Feminismus als »politische Theorie« gilt (List 1989: 17)³, kam der politikwissenschaftlichen Disziplin bis vor nicht allzu langer Zeit noch das zweifelhafte Verdienst zu, eine der letzten frauen-unbewegten Bastionen in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu sein. Die Gründe hierfür sind in den Forschungsgegenständen der politischen Wissenschaften (Pateman 1989: 3) genauso wie in einer nach wie vor männerbündischen Selektion (Sauer 1992: 98) zu suchen. Die klassischen Domänen der Politologie, also Staat, Herrschaft und politische Institutionen, erwiesen sich zunächst sperriger gegenüber feministischen Positionen als die meisten soziologischen Arbeitsfelder. In der klassischen De-

utopia of social life characterized by nurturant, caring, expressive and nonrepressive relations between self and other, self and nature.« (Benhabib/Cornell 1987: 4)

² »Verdrängung« weist hier in der Tat auf die Ambiguität eines noch Unentschiedenen hin: auf einen Status zwischen Abschaffung und Verbannung in ein Un-Bewußtes.

³ Auch wenn strittig ist, in welchen Bereichen politischer Theoriebildung dieser Anspruch bereits eingelöst ist. So argumentiert z. B. Catharine A. MacKinnon zurecht: »Feminism has no theory of the state. Just as feminism has a theory of power but lacks a specific theory of its state form« (MacKinnon 1989: 157). Vgl. auch v. Beyme (1992: 296).

definition Max Webers, für den Politik stattfand im »Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt« (Weber 1921: 397) wurden machtbewußte Individuen und Gruppen unterstellt, die auch tatsächlich und öffentlich Ansprüche in diesem Sinne artikulierten; Frauen waren solche Artikulationsformen lange Zeit verstellt. Darüber hinaus hat aber auch das Selbstverständnis feministischer Politik, sich zunächst jenseits und außerhalb etablierter politischer Institutionen zu definieren und zu politisieren, dazu beigetragen, daß sich in der Politikwissenschaft lange der Mythos geschlechtsneutraler Forschung behaupten konnte und in Teilen noch kann. Zu lange übte sich deshalb die Geschlechterforschung primär am Objekt »Gesellschaft« und gestattete sich damit auch weitgehend unreflektiert eine Auflösung von politologischen Fragestellungen in soziologischen und sozialpsychologischen Theorien. Dies änderte sich erst, als im Zuge einer zunächst philosophischen feministischen Kritik androzentrischer politischer Theorien auch zentrale Begriffe wie Macht, Herrschaft, Demokratie und Institutionen in den Blick von Geschlechterforscherinnen rückten.⁴

Den theoretischen Rahmen für das »Engendering« (Phillips 1991) politischer Institutionen und Kategorien lieferte die seit Beginn der achtziger Jahre anhaltende feministische Debatte um Gleichheit und/oder Differenz, die auf der einen Seite den Blick schärfte für Ungleichbehandlung, Marginalisierung und Ausgrenzung von Frauen, auf der anderen Seite Kritik an falscher Vergleichsgültigkeit und dem schlichten Insistieren auf Chancengleichheit transportierte. Die politologische Gleichstellungsforschung verknüpfte beide Ansätze im Versuch, sowohl ein verfassungsgemäß verbrieftes Recht auf Gleichbehandlung argumentativ zu festigen wie auch den Anspruch auf geschlechtsbezogene Differenz da einzuklagen, wo zum Beispiel biologische oder sozialisationsbedingte Unterschiede zwischen Männern und Frauen manifest werden.⁵

Erst mit der feministischen Rezeption poststrukturalistischer und postmoderner Theorien erscheint die Fokussierung auf die weibliche Differenz als Grundlage der Geschlechterforschung in neuem Licht: Das Denken in binären Rationalitätsstrukturen genauso wie die falsche Vereinheitlichung, die Frauen als das »andere« Geschlecht einerseits sichtbar machte, andererseits aber auch unzulässig homogenisierte, werden von poststrukturalistischen Positionen aus kritisiert. Geschlecht als Konstrukt zu begreifen,

⁴ U. a. Pateman (1986, 1988), Benhabib/Cornell (1987), Schaeffer-Hegel (1988), MacKinnon (1989), Phillips (1991), Young (1992), Knapp (1992).

⁵ Vgl. z. B. Maihofer (1990) sowie die feministischen Positionen innerhalb der Verfassungsdebatte 1990.

mündete in eine »Politik« radikaler Dekonstruktion, die das biologische Geschlecht (sex) wie auch die Geschlechtsidentität (gender) einschließt (Butler 1991). Das Subjekt feministischer Theoriebildung steht damit wieder zur Disposition.

Die einleitende Schilderung unübersichtlicher »Wohnverhältnisse« in der Geschlechterforschung bezeichnet denn auch mehr als einen gleichsam naturwüchsigen Ausdifferenzierungsprozeß innerhalb einer komplexen Forschungslage: Es handelt sich vielmehr um einen Paradigmenkonflikt zwischen normativ-strukturkritischen Ansätzen⁶ und poststrukturalistisch/postmodernen Theoriekonzepten, der die politologisch-feministische Forschungsarbeit der nächsten Jahre nachhaltig prägen wird. Auf der einen Seite gruppiert sich eine Reihe von Feministinnen, für die die kritisch-interpretative Arbeit an und in systemischen Kategorien zentral ist, auf der anderen Seite argumentieren Forscherinnen, denen jedes System vor allen Dingen Zurichtung meint und die dagegen die libertäre Arbeit sprachlicher Dekonstruktion und identitätsnegierender Subversion setzen. Unverständnis und Unmut bleiben auf beiden Seiten nicht aus. So merkt Frigga Haug kritisch an:

»Nach langjährigen Kämpfen um die Wahrnehmung des weiblichen Geschlechts in den Wissenschaften - zunächst unter der Frage der Gleichheit, später der Differenz - ist die Diskussion spätestens mit J. Butlers Arbeit *Gender Trouble*, (deutsch: *Das Unbehagen der Geschlechter*, 1991) an dem Punkt angelangt, wo nicht mehr für die Einführung, sondern für Abschaffung des Geschlechtsbegriffs gestritten wird« (Haug 1993: 899).

Auf der anderen Seite erklären postmoderne Feministinnen, daß die kategorische Ablehnung des postmodernen Diskurses dem Verharren in falscher Aufklärungspose und einer Absolutsetzung der Wahrnehmung westlicher und weißer Frauen geschuldet sei und - dies sei Ausdruck solcher Herrschaftsattitüde - die neue Denkbewegung mit dem Argument politischer Inkorrektheit zum Schweigen gebracht würde (Flax 1992: 459).

In diesem schwelenden Paradigmenstreit positionieren sich ex- oder implizit eine Reihe von neuen politologischen Beiträgen zur Geschlechterpolitik, die die Grundlage der nachfolgenden Überlegungen bilden. Ich beziehe mich zunächst primär auf Beiträge aus den USA⁷, die die Postmo-

⁶ Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung lassen gleichwohl als Gemeinsamkeit die empirische oder theoretische Analyse der sozialen und politischen Verhältnisse erkennen, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bedingen (in Abwandlung von Nunner-Winkler 1994: 40). Strukturkritik heißt Analyse dieser »Verhältnisse«, indem sie Strukturen und Institutionen genauso zum Untersuchungsobjekt macht wie die Art und Weise, in der sich Strukturen in Akteure einschreiben bzw. Akteure diese Strukturen dynamisieren und verändern.

⁷ US-amerikanische Arbeiten stellen in ihrer Rezeption der französischen Poststrukturalisten das Verhältnis von Geschlecht und Politik mehr ins Zentrum als deutschsprachige Ansätze, die eher erkenntnistheoretisch angelegt sind.

derne für eine feministische Politikwissenschaft nutzbar machen wollen. Hier ist zu fragen, welche Optionen für die Beziehungen zwischen Individuum und politischer Sphäre die Dekonstruktion des Geschlechts freisetzt, welche Vorstellung von Politik sie transportiert und welchen Erklärungsgelhalt diese Ansätze beanspruchen. In einem zweiten Teil stelle ich exemplarisch Neuerscheinungen in der deutschen feministischen Politikwissenschaft vor, die am Geschlechterparadigma als Ausgangspunkt einer strukturkritischen Auseinandersetzung mit Demokratie und Herrschaft festhalten. In einem exkurshaften dritten Teil findet anschließend der Umstand Erwähnung, daß die immer noch spärliche, aber in den vergangenen Monaten wachsende Rezeption feministischer Theorien durch männliche Standesvertreter überraschend häufig an genau den Beiträgen ansetzt, die eine postmoderne Subversion von Wissen und Macht proklamieren. Abschließend wird zu fragen sein, was die jeweiligen Stärken und Schwächen der Ansätze für die Untersuchung von »politics, policies and polity« als Einheit des politologischen Gegenstands ausmacht und wo möglicherweise starre Fronten aufzubrechen, wo Brücken zu bauen wären.

2. Politik im postmodernen Feminismus

Der zentrale Konfliktpunkt zwischen postmodernen und strukturkritischen Forschungsansätzen betrifft die Bedeutung der Kategorie Geschlecht. Sowohl in kompensatorischen Analysen zur Gleichberechtigung wie auch in den sich anschließenden Differenztheorien wird Geschlecht als Zugehörigkeit zu einer auf der Basis von biologischen Merkmalen sozial und kulturell konstituierten Gruppierung »Männer« oder »Frauen« definiert. Die Ausprägungen des Verhältnisses der beiden Geschlechter zueinander bilden die zentrale Achse, auf der sich Erscheinungsformen von Herrschaft und Macht, d. h. zum Beispiel strukturelle Diskriminierungen, individuell erlebte Gewalt gegen Frauen, aber auch weibliche Aneignungs- und Machtstrategien, eingeschrieben haben.

Graduelle Unterschiede in den feministischen Definitionen der Kategorie Geschlecht ergaben sich erst bezüglich der Frage, ob und inwieweit die soziale/historische Produktion von »gender« primär auf der weiblichen Gebärfähigkeit und essentialistischer Mütterlichkeit basiert oder vorrangig männlich-kulturellen Askriptionen bzw. patriarchalen oder kapitalistischen Strukturen geschuldet ist. Während Vertreterinnen gynozentrischer/essentialistischer Feminismen den weiblichen Geschlechtsbegriff an biologische Kategorien bzw. an die Fähigkeit zur Fürsorge binden, zeigt für Materialistinnen wie Sandra Harding die Kategorie Geschlecht,

»wie männliche und weibliche Kleinkinder verschiedene Erfahrungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, mit der sie konfrontiert sind, machen; und dadurch reproduzieren sich

von Generation zu Generation gewisse allgemeine und beinahe universelle Differenzen, die das männliche und weibliche Verständnis des eigenen Ich, der anderen und der angemessene Beziehung zwischen sich selbst und den anderen prägen« (Harding in List 1989: 435).

Carole Pateman hat aufgezeigt, wie der »sexual contract« als rechtlich legitimierter Ausdruck dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zur Grundformation moderner Gesellschafts- und Staatenbildung wird (Pateman 1988).

Mit dem Aufkommen von zunächst in Frankreich entwickelten poststrukturalistischen Theorien etabliert sich inzwischen jedoch ein Strang feministischer Theorie, der sowohl die gynozentrische wie auch die materialistische Variante des Geschlechtsbegriffs als falsche Identifizierung und Identitätsfixierung von Frauen ablehnt und stattdessen die Dekonstruktion der Geschlechtskategorie forciert. Zwar haben unter anderem Judith Butler und Chantal Mouffe darauf hingewiesen, daß in der derzeitigen Diskussion oft eine falsche Einheitlichkeit zwischen den postmodernen oder poststrukturalistischen Positionen von Lacan, Derrida, Foucault, Irigaray und Lyotard konstruiert wird (Butler 1992: 4; Mouffe 1992: 370). Butler zum Beispiel lehnt eine solche theoretische Schulbildung entschieden ab als »gesture of conceptual mastery that groups together a set of positions under the postmodern, that makes the postmodern into an epoch of a synthetic whole« (Butler 1992: 5). Doch auch wenn Unterschiede im Denken der genannten AutorInnen und dementsprechend auch in der Rezeption zwar schon qua Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Disziplinen vorhanden sind, stehen sie für einen Paradigmenwechsel in der Erkenntnistheorie. Es lassen sich drei übergreifende Motive ausmachen, die den Poststrukturalismus als spezifische analytische Praxis ausweisen, der wiederum eine Kulturtheorie theoretisch fundiert, die nach Lyotard als Postmoderne bezeichnet werden kann. Dies sind 1. Die Dekonstruktion von Binarität und geschlossenen Systemen/Theorien in eine Pluralität von Differenzen; 2. Die Dekonstruktion von Sprache als System mit eindeutigen Referenten und gleichzeitig die Position, daß es jenseits von Sprache und Text keine Realitäten und Erfahrungen gibt; 3. Die Dekonstruktion sozialer Systeme mit Hilfe der entsubstantialisierten Kategorien Macht und Begehren.

Dekonstruktion beschreibt die poststrukturalistische Praxis, mit der materielle Realitäten als multiple Zeichen- und Bedeutungssysteme entziffert werden sollen - und als solche ist sie zunächst eine geschlechtsblinde sprachliche Aktivität. Auf die feministische Theorie wird die Dekonstruktion in der Absicht angewandt, binäre Zuschreibungen zwischen den Geschlechtern zu unterlaufen und Diskurse zu produzieren, in denen Differenzen und beliebige Rollen für beide Geschlechter möglich sind. »Das Geschlecht wird dekonstruiert, weil der Dualismus zwischen männlich und

weiblich als solcher zurückgewiesen wird« (Ferguson 1992: 873). Vermittels der Ablehnung von identifizierbaren Geschlechterattributen will postmodernes feministisches Denken also neue Spielräume für dezentrierte Subjekthaftigkeit schaffen, Spielräume, in denen auch politische Subjekte nicht mehr mit dem Beharren auf authentischer Erfahrung und daraus abgeleiteten Handlungspostulaten befrachtet sein sollen.

Das weibliche Subjekt wird in poststrukturalistischer Sicht vorgestellt als Produkt aus »signifying practices which precede her« (Ebert in Sylvester 1994: 13). Oder anders, von Judith Butler formuliert: »No subject is its own point of departure« (Butler 1992: 9). Aus der Spannung »zwischen dem Vorhaben, Frauen mit eigener Stimme sprechen zu lassen, und dem einer Dekonstruktion des Geschlechts« (Ferguson 1992: 873) entsteht im Poststrukturalismus der Akt der Subversion: Es sprechen zwar Individuen, doch sie entziehen sich falscher Identifizierung durch Ironie, Spiel, strategischen Positionswechseln oder Travestie.

Dementsprechend ist auch die Rolle der Sprache in Anlehnung an Derrida definiert als »ein beständiges Ausweichen vor dem Endgültigen, als ein endloses Verschieben der Bedeutung« (ebd.: 879). Den Vertreterinnen eines strukturkritischen oder hermeneutischen Theorierahmens hingegen unterstellen Vertreterinnen des Poststrukturalismus, Sprache sei für sie »ein unproblematisches Vehikel zur Bedeutungsübermittlung« (ebd.). Das Ringen um Begriffe und Ausdrucksformen wird mit dem Macht-Akt einer falschen Identifizierung zwischen Zeichen und Bezeichnetem gleichsetzt. Im offenen Prozeß der Dekonstruktion hingegen meinen Poststrukturalistinnen mit besseren Chancen auf das Hintergründige, Verschobene, oberflächlich Verschlossene von Sprache und damit auch von Welt und Politik zu stoßen.

Beispielhaft für die poststrukturalistische Beschäftigung mit dem Politischen ist der Ansatz von Judith Butler. Als Mitherausgeberin des Bandes »Feminists theorize the Political« erläutert sie ihre Theorie der Dekonstruktion explizit bezüglich des darin eingelagerten Politikverständnisses. Den Kern dieses Politikbegriffs bildet die kontinuierliche Infragestellung von Autoritäten, die dem politischen Prozeß fundamentalistische Ansichten, universale Kategorien oder eindimensionale Interpretationen unterlegen: »It is this movement of interrogating that ruse of authority that seeks to close itself off from contest that is, in my view, at the heart of any radical political project« (Butler 1992: 8). Poststrukturalismus kann, muß aber nicht, als politisches Projekt definiert werden (ebd.).

In welcher Weise poststrukturalistisch an der Dekonstruktion politischer Autoritäten gearbeitet wird, erläutert Butler anhand des Golfkrieges. Sie fokussiert ihren Blick auf die mediale Darstellung des Krieges und die

scheinbar zunächst mühelos stattfindende Erfüllung einer politischen Intention durch militärisch-instrumentelle Aktionen auf der US-Seite (Butler 1992: 9). Das Projekt der Dekonstruktion fängt dort an, wo der vermeintlich ursächliche Zusammenhang zwischen Intention und Aktion hinterfragt wird. Denn die Macht der Kriegsbilder soll, so Butler, nicht nur militärische Erfolge zeigen, sondern auch das westlich-männliche Subjekt in seiner kriegerischen, technischen und kulturellen Überlegenheit. Doch die Intentionalität der kriegerischen Auseinandersetzung kann selbst von den scheinbaren Akteuren nicht gewahrt werden. Nichtintendierte Effekte genauso wie »hidden agendas« produzieren Folgen, die nicht kalkulierbar sind. Doch mehr noch als die in Anlehnung an Foucault präsentierte Hintergebarkeit jeder Aktion ist Butler an der visuellen Komplizenschaft der Fernsehzuschauer am Krieg interessiert: »...as viewers, we veritably enact the allegory of military triumph: we retain our visual distance and our bodily safety through the disembodied enactment of the kill« (Butler 1992: 11) mittels des Fernsehgeräts und der direkt an die Bombe angeschlossenen Fernsehkamera.

Butlers postmoderne Beschreibung erhält ihre Stärke aus der sprachlichen Vergegenwärtigung dessen, daß Krieg nicht mehr auf einem Männer-schlachtfeld ausgetragen wird, sondern geschlechtsneutral ZuschauerInnen erhält, die in bestimmte Sichten auf den Krieg einbezogen werden, aber denen reale Effekte verschlossen bleiben. Die Grenzen postmoderner Dekonstruktionsarbeit erweisen sich aber darin, daß Butler die Frage nach »agency«, nach Akteuren, nicht parallel zur Dekonstruktionsarbeit im Blick hat, sondern erkenntnistheoretisch weit hinten anstellt. Warum bleiben denn den ZuschauerInnen gewisse Ansichten auf den Krieg verschlossen? Wer zensiert, welche Bilder produziert werden? Die vom Pentagon aus inszenierte US-amerikanische Kriegsberichterstattung folgte Kalkülen und Strategien, die identifizierbar zu machen intellektuelle, wissenschaftliche, politische Anstrengung bleiben muß. Sprachlich deutlich läßt sich die Begrenzung der postmodernen Fragerichtung zeigen: »But the action continues to act after the intentional subject (das US-Militär) has announced its completion« (Butler 1992: 12). Doch nicht die Aktion selbst »agiert weiter«, sondern sie zeitigt Folgen: Folgen, die sich für Saddam Hussein gänzlich anders ausnehmen als für die politische Opposition im Irak; Folgen, die für Frauen andere Konsequenzen haben als für kriegstüchtige Männer, für medizinisch unterversorgte Kinder oder Ausländer im Irak. Folgen also, die wiederum an den jeweiligen politischen, sozialen, geschlechtsbezogenen Subjektstatus von Individuen geknüpft und nur vor deren Hintergrund überhaupt beschreibbar sind. Darüber hinaus wird in Butlers Schilderung zwar der kriegerische Akt selbst einer vielschichtigen Be-

trachtung unterzogen, aber sie spart den globalen politischen und ökonomischen Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Kriegsentscheidung fiel, genauso aus wie die Frage nach militärischen Kriegsbetreibern und ihren Motiven, nach möglichem Widerstand gegen diesen Krieg auf beiden Seiten, nach unterschiedlichen »agencies« also, deren Beteiligung oder Verantwortlichkeit politisch zu prüfen wäre. Hier zeigt sich meiner Ansicht nach sowohl die beschreibende Stärke bezüglich situativer Machttechniken im poststrukturalistischen Denken als auch die analytische Schwäche bezüglich komplexer Erklärungsansätze und alternativer Handlungsoptionen. Politik im Poststrukturalismus kann demnach definiert werden als individuelle und primär sprachlich-subversive Verkehrsform zur Genese und Handhabung von Techniken der Machtausübung. Politisierung, d. h. die Erweiterung politischer Gestaltungsräume, und Partizipation, d. h. Erweiterung von Teilnahme und Teilhabe, sind in solcher Vorstellung von Politik allenfalls als flexible Machtgrößen relevant. Zwar gibt es auch im poststrukturalistischen Feminismus durchaus Überlegungen, die politische Aktionsfelder und die darin Agierenden direkt zum Thema haben. Doch wenn dieses Politische als gesellschaftliches Handlungsfeld in den Blick gerät, dann bezeichnenderweise häufig in Anlehnung an die von Hannah Arendt inspirierte Zelebrierung des politischen Handelns (Honig 1992: 216), das nicht primär Erkenntnis, Analyse von sozialen Voraussetzungen und Implikationen des Handelns reflektiert, sondern den performativen Sprach- und Willensakt als Zentrum politischer Aktivität markiert.

Damit wird auch das zunächst eigentümlich erscheinende Interesse postmoderner Theoretikerinnen an Hannah Arendt ein Stück weit verständlich. Die Aussperrung des Sozialen aus dem politischen Raum bedeutet in der Interpretation der Poststrukturalistinnen zumindest eine Teilgarantie für den Verzicht auf Identitätspolitik:

»From Arendt's perspective, a political community that constitutes itself on the basis of a prior, shared, and stable identity threatens to close the spaces of politics, to homogenize or repress the plurality and multiplicity that political action postulates« (ebd.: 227).

Poststrukturalistisch gelesen enthält Arendts Vision einer politischen Praxis ohne Interessenpolitik, eines politischen Sprechens ohne Ansehung materieller Hintergründe und Bedürfnisse, ein Versprechen, und zwar die »unwillingness to allow political action to be a site of the representation of 'what' we are, of our reified private-realm identities«. Und mehr noch: Das Versprechen einer performativen Politik, die statt zu reproduzieren und zu repräsentieren was wir sind, ein agonistisches Bild dessen produziert, wer wir sind, nämlich fragmentierte Identitäten, neue Geschichten, neue Anfänge (ebd.: 226). Dies schränkt den Begriff des Politischen radikal ein: Eine kommunikative Verständigung zum Beispiel über Prioritätensetzun-

gen, Ziele und Strategien politischen Handelns wird obskur, weil sie vermittelt über Erkenntnis- und Wahrheitsansprüche unreflektiert Macht transportiert. »There is no evidence that appeals to reason, knowledge or truth are uniquely effective or ought to occupy privileged positions in strategies for change« (Flax 1992: 458). Aus diesem Grund artikuliert die Geschlechtskategorie keinen spezifischen Standpunkt und keine privilegierte Weltansicht mehr.

Nach Ferguson wird die Dekonstruktion des Geschlechts im Namen eines »theoretischen Antifundamentalismus« vorgenommen, der das, was sich der kategorialen Bestimmung des Männlichen und Weiblichen widersetzt, gegen jede »Begründung« aus Grundtatsachen verteidigt (Ferguson 1992: 873). Jedes »Streben nach Befreiung« hat selbst »teil am Willen zur Macht oder am Willen zur Macht über die Wahrheit« (ebd.: 881). Um dieser Komplizenschaft zu entgehen, hat sich der feministische Poststrukturalismus »das bescheidenere Ziel« gesetzt, »die festen Gestalten von Wissen und Macht durcheinanderzubringen« (ebd.). Während die Stoßrichtung des Arguments einleuchtet, weil sie fundamentale Zuschreibungen vermeiden will, klebt es gleichwohl an der Sanktionierung des politischen Status quo. Wenn klar ist, daß sich »auch jene Strukturen und Prozesse, die wir für zutiefst befreiend halten, als unterdrückend erweisen werden« (ebd.) - dann wird die politische Praxis zur arbiträren Selektion subversiver Praktiken unter den Bedingungen des Utopieverlusts. Das Erkenntnisinteresse der poststrukturalistischen Theorie verschiebt sich damit »von einer eher herrschaftskritischen, politikverändernden Analyse auf die Ebene der intellektuellen Reflexion und Diskursivität, in der der Bezug zu real existierenden Herrschaftsverhältnissen und Machtverteilungsprozessen in den Hintergrund tritt« (Lemke 1994: 6).

Vage Hoffnungen, wie sie zum Beispiel Judith Butler artikuliert, erscheinen im Rahmen der poststrukturalistischen Theorie paradox und werden auch so benannt:

»Paradoxically, it may be that only through releasing the category of women from a fixed referent that something like 'agency' becomes possible« (Butler 1992: 16).

Zwar kann die poststrukturalistische Theorie durchaus zu unterschiedlichen Subversionsformen animieren, die Frage nach Strukturen moderner Demokratie, nach Teiligungsformen und sozialer Gleichheit, die Frage nach dem patriarchalen Staat und seinen Institutionen vermag sie nur schwer zu thematisieren. Dies genau sind jedoch Ausgangspunkte für eine feministische Wissenschaft von der Politik. Es wandert an dieser Stelle deshalb der Blick von poststrukturalistischen Ansätzen hin in einige andere Räume feministischer Denkarbeit, in denen von der Kategorie »Geschlecht« noch keineswegs Abschied genommen wurde.

3. Feministische Politikwissenschaft

In der deutschen Politikwissenschaft findet derzeit einen ersten Niederschlag, daß das Fach sich zumindest an wenigen politikwissenschaftlichen Fachbereichen einen Schwerpunkt Frauenforschung leistet.⁸ Mit der Gründung einer Ad-hoc-Gruppe »Politik und Geschlecht« auf der Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 1991 ist darüber hinaus ein Forum ins Leben gerufen worden, das auf zweimal jährlich stattfindenden Tagungen unterschiedliche Ausprägungen einer Politik der Geschlechterverhältnisse diskutiert. Die ersten beiden der aus diesen Tagungen hervorgegangenen Bände, jeweils Sammlungen feministisch-politologischer Arbeiten, belegen, daß die feministische Strukturanalyse und -kritik bezogen auf die Zentren politischer Herrschaft und Macht zwar noch am Anfang steht, aber gleichwohl faszinierende Ansichten auf die Mikrophysik männerdominierter politischer Institutionen und Entscheidungsprozesse freigibt.⁹ Welchen Einfluß haben Frauen heute auf den Staat und seine Institutionen? Welchen Anspruch hat die feministische Theoriebildung bezüglich der Frage nach Teilhabe von Frauen nicht generell im sozialen Raum, sondern insbesondere in jenen Institutionen und Organisationen, in denen nach wie vor zentrale politische Grundsatzentscheidungen fallen? Diese Fragen stellen sich zunehmend dringlicher, und aus den Beiträgen der beiden Bände spricht die Entschiedenheit, mit der die bisherigen Leerstellen in der Forschungspraxis benannt und ausgefüllt werden sollen.

Der erste Band der Reihe zur Gleichstellungspolitik verspricht im Titel eine Beschäftigung mit »Totem und Tabus«, will sagen mit der »Produktion, Reproduktion und Legitimation von Geschlechterherrschaft im politischen Prozeß« (Sauer 1994: 29)¹⁰. Daß sie diese Geschlechterherrschaft als einen zentralen Bezugspunkt für die »demokratische Frage« begreifen, daran lassen die Autorinnen keinen Zweifel:

»Ein Aspekt des Demokratiedefizits in der Bundesrepublik ist die asymmetrische geschlechtsspezifische Verteilung von ökonomischer, politischer, kultureller und symbolischer Macht, von Einfluß und Partizipationsmöglichkeiten« (ebd.: 7).

⁸ FU Berlin, Gießen, Hannover sind hier an vorderster Stelle zu nennen; hierin wäre die Synopsis von Svenja Falk in Leggewie 1994 über die Schwerpunkte bundesdeutscher politikwissenschaftlicher Fachbereiche zu vervollständigen.

⁹ Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Maleck-Levy, Eva; Ruf, Anja; Sauer, Birgit (Hg.) (1994a), Gleichstellungspolitik - Totem und Tabus, Eine feministische Revision, Frankfurt/Main. Bd. 1 der Reihe »Politik der Geschlechterverhältnisse«, hrsg. von Eva Kreisky, Uta Ruppert und Birgit Sauer sowie Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Jansen, Mechthild M.; Maleck-Levy, Eva; Ruf, Anja; Sauer, Birgit (Hg.) (1994b), Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht, Bd. 2 der o.g. Reihe »Politik der Geschlechterverhältnisse«. Ich beziehe mich im folgenden auf diese beiden Bände als ausgewählte Beispiele neuerer feministischer Politikwissenschaft.

¹⁰ Die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Biester u. a. (1994a).

Die Beiträge des Bandes bieten vielfältige Perspektiven auf den Zustand heutiger Gleichstellungspolitik, die sich grob in zwei Blöcke systematisieren lassen: Zunächst werden aus diversen Binnensichten die Möglichkeiten und Grenzen von Gleichstellungspolitik markiert; in einem zweiten Teil sind Beiträge versammelt, die die Gleichstellungspolitik als feministische Strategie kontextualisieren, ihren Leerstellen und blinden Flecken genauso Aufmerksamkeit widmen wie diversen nicht intendierten Folgen (ebd.: 13). »Die Gleichstellungspolitik ist tot! Es lebe die Gleichstellungspolitik!« (ebd.: 10) - aus dieser Ambivalenz führt auch die Autorinnen kein »Königinnenweg«. Birgit Henjes analysiert das Selbstverständnis kommunaler Frauenbeauftragter und gelangt zur nüchternen Einsicht, daß auch unter den Frauenbeauftragten kein Konsens über die Kriterien für Chancengleichheit und die sogenannte »Verbesserung der Situation von Frauen« besteht (Henjes 1994: 56f). Mehr noch als die unklare eigene Positionsbestimmung ist jedoch das jeweilige Spannungsverhältnis zwischen Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit und dem je eigenen Selbstverständnis (ebd.: 61) konstitutiv für Erfolge oder Mißerfolge der Politik. Dies führt dazu, daß auch in diesem Feld von universalen Ansprüchen an Geltung und Implementation von Gleichstellungspolitik praktisch schon längst Abschied genommen worden ist. Erst der jeweilige Kontext ermöglicht die Konkretion, die für die Arbeit der Frauenbeauftragten nötig ist. Und Gleichstellungspolitik kann deshalb »theoretisch in jeder einzelnen Kommune mit ganz anderen Inhalten gefüllt werden, denen ganz unterschiedliche, auch widersprüchliche Maßstäbe zugrunde liegen können« (ebd.). Die Autorin sieht hierin Chance und Gefahr zugleich und im übrigen ein umfangreiches Empiriefeld für Geschlechterforscherinnen.

Auch für Clarissa Rudolph sind Frauengleichstellungsstellen nicht Produkte feministischer Bewegung. Indem sie den Blick von der kommunalen Ebene hin auf Ländergleichstellungsstellen ausweitet, geraten ihr primär die Parteiinteressen in den Blick, die hinter dem Aufbau von Gleichstellungsministerien oder -stellen in Verwaltungen vorscheinen. Dies schlägt sich auch in den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten und im politischen Selbstverständnis nieder. Während SPD-regierte Länder verstärkt auf die Integration von Frauen ins Erwerbsleben hinarbeiten, regiert in CDU-dominierten Ländern tendenziell die klassische Ersetzung von Frauenpolitik durch Familienpolitik (Rudolph 1994: 62f). Gleichwohl, dies weist Cerstin Gerech in ihrem Beitrag anhand der Auseinandersetzungen um die Reform des Paragraphen 218 nach, kann Frauenpolitik in den Parteien nicht an moralischen Absolutheitsansprüchen festhalten, sondern begibt sich in eine Situation, in der die Mechanismen der politischen Gesellschaft, das heißt Kooperation, Kompromiß und Verhandlung, greifen. Die Autorin

relativiert mit ihrer Untersuchung die Vorstellung, daß »eigennütziges Handeln und die Maximierung von Vorteilen für die Organisation« hinreichende Kriterien für die Analyse von Parteien darstellen (Gerecht 1994: 111). Nur überparteiliche Koalitionen eröffnen für Cerstin Gerecht die Option einer erfolgreichen Realisierung frauenpolitischer Forderungen im institutionell verfaßten politischen Rahmen.

Kooperation, Kompromiß und Verhandlung - das sind auch für die Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin, Christine Färber, die Essentials für eine Gleichstellungspolitik im Wissenschaftsbereich (Färber 1994: 120). Die Arbeit in Institutionen folgt anderen Prämissen als sie in kooperativen Strukturen innerhalb der Frauenbewegung vorherrschen, und dies bringt Konflikte, Hierarchisierungen, das Brechen von neuen Tabus mit sich. Ebenfalls für eine Aneignung des wissenschaftlichen Raumes plädiert Theresa Wobbe und verknüpft dies mit einer engagierten Aufmunterung an Wissenschaftlerinnen, die

»historischen Voraussetzungen der geringen Ausbildung einer Lobbypolitik sowie eines professionellen Selbstverständnisses ... nicht so sehr larmoyant als eine Hypothek heutiger Wissenschaftspolitik« zur Kenntnis zu nehmen, sondern als Aufforderung, »den Mangel intellektueller und politischer Tradition nicht noch festzuklopfen« (Wobbe 1994: 135).

Allen hier versammelten Binnenperspektiven ist ein Subtext gemeinsam, der unter dem Stichwort »Zugang zu Ressourcen« firmiert. Birgit Henjes beschreibt, daß insbesondere die ehrenamtlichen Frauenbeauftragten auf eine »Politik der kleinen Schritte« bauen und einen »extremen Feminismus« aus strategischen Gründen infragestellen. Vielleicht etwas unterbelichtet bleiben in solcher Sicht die vielfältigen institutionellen Hemmnisse, »strukturierte Strukturen« also, die Institutionenvertreter mit wahrer Freude gegenüber den unliebsamen Advokatinnen der Gleichstellung ausspielen. Strukturen, die von Wissensvorsprüngen, Machtallianzen, ungleichgewichtigen zeitlichen Ressourcen durchzogen sind und in denen die einzelne und ver-einzelte Frauenvertreterin innerhalb kürzester Zeit zur persona non grata einer Institution abgestempelt wird.

Es ist deshalb Elke Biester zuzustimmen, wenn sie in ihrem abschließenden Resümee und Ausblick darauf verweist, daß Frauen - trotz Unwohlseins mit der »Damenbeinzählerei« - in der Tat verstärkt noch auf die materiellen Bedingungen für Gleichstellungspolitik Bezug nehmen müssen. Dies besonders angesichts generell knapper staatlicher Ressourcen, die zum Beispiel ohne viel Aufhebens in eine Politik wie derzeit in Rheinland-Pfalz münden können, wo mit Rudolf Scharpings Abgang auch gleich das eigenständige Frauenministerium einer Kabinettsverkleinerung anheimfiel. Abhängigkeiten von Wirtschaft und Staat konstatiert auch Mechthild Jansen als Ursache für wachsenden Anpassungsdruck und in der Folge für dro-

hende Vereinnahmung und Autonomieverlust (Jansen 1994: 147). Kritikwürdig ist am Konzept der Gleichstellung auch, daß sie kein »Instrumentarium der Veränderung auf Seiten der Männer« beinhaltet, die ja Ursache des »Frauenproblems« sind (ebd. 149). Eine ebenso folgenreiche Leerstelle behandeln Anja Ruf und Uta Ruppert in ihrem Beitrag zu *Rassismus und internationale ökonomische Ungleichheit* (Ruf/Ruppert 1994: 158). Wenn Gleichstellungspolitik auf weiße deutsche Frauen beschränkt bleibt, begibt sie sich den Chancen einer grundsätzlicheren Re-Demokratisierung von Gesellschaft und Politik.

Gleichstellungspolitik weiterdenken - unter diesem Stichwort lassen sich die Beiträge von Mechtild Jansen, Silvia Kontos und Elke Biester zusammenfassen. Silvia Kontos mahnt eine Erweiterung der Perspektive und die Einbeziehung von »Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Struktur« auf der einen, der »strategisch-politischen Ebene der Organisation und Durchsetzung von Interessen« auf der anderen Seite an (Kontos 1994: 43). »Machtsensitive Diskursanalysen« erscheinen ihr als Paradigma hierfür nur begrenzt geeignet. Die Diskurslastigkeit und die Ausweitung des Politischen haben, so ihre Vermutung, möglicherweise »hinter dem Rücken der Individuen zu einer Vernachlässigung des traditionellen Politikbereichs geführt« (ebd.). Hierin unterstützt sie Elke Biester mit einer anregenden forschungsstrategischen Skizze, die verstärkte Beschäftigung mit der »geschlechtliche(n) Strukturiertheit der politikwissenschaftlichen Gegenstände - Parteien, Institutionen, Interessen« (Biester 1994a: 176) anmahnt. Gegen die These, daß Institutionen nur den offenen Rahmen für politische Aktivität und Inanspruchnahme darstellen (vgl. hierzu Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989: 17) belegen die hier versammelten Beiträge in nuce, wie Institutionen selbst als politische Orte verherrschaftlicht sind. Institutionelle Barrieren genauso wie die non-decisions sind verstärkt zu betrachten, denn die Geschlechterfrage ist eine »Frage gesellschaftlicher Macht und ein Mangel an Demokratie und kein sozialpolitisches Problem« (Biester 1994a: 185).

Ernst machen, darauf weist auch Elke Biester hin, müßten die Autorinnen vielleicht noch ein Stück mehr mit ihrem Vorsatz, tatsächlich die Mikrophysik der Institutionen unter dem Vergrößerungsglas zu betrachten. Denn so sehr sich diverse Belege für die Grenzen von Gleichstellungspolitik immer wiederholen, so wenig deutlich wird oft, wie innerhalb von Institutionen die vielfältigen Formen männlicher Resistenz strategisch und praktisch ablaufen. So stellt Birgit Henjes für die Arbeit von Frauenbeauftragten fest, daß

»gründliche Analysen über die Situation von Frauen vor Ort - die nötig wären, um zu sehen, wo Diskriminierungen und Probleme sind, um sinnvolle Schwerpunkte zu setzen und Kon-

zepte zu entwickeln - offensichtlich nicht geleistet werden können, schon deshalb nicht, weil die Stellen, die meist mit einer einzigen Frau besetzt sind, dazu weder personell noch finanziell in der Lage sind« (Henjes 1994: 58).

Das »Damenbeine-, Handlungskompetenzen-, Maßnahmen- und Budget-Zählen gehört«, so Biester, bislang nicht zu den Attraktionen eines feministisch-politologischen Engagements. Daß hier gleichwohl zukünftig Schwerpunkte gesetzt werden müssen, fällt noch krasser als bezüglich der empirischen Gleichstellungsforschung im zweiten Band der Reihe zum Thema »Europäisierung« ins Auge.

Was sind die Gründe dafür, daß eine feministische Beschäftigung mit der Europäischen Union noch in den Anfängen steckt? Zunächst läßt sich ein generelles Problem als Ursache für mangelnde feministische Parameter in der Erforschung von supranationalen und internationalen Organisationen genauso wie im Feld internationaler Beziehungen ausmachen. Die Struktur internationaler Beziehungen und auch ihre Theorie wurde gleichsam mittels der Evakuierung aller Lebewesen aufgebaut (Sylvester 1994: 5). Ähnlich menschenleer geht es gegenwärtig in der Diskussion um die Struktur eines neuen Europa und insbesondere ihrer westlich-institutionellen Ausprägung, der Europäischen Union, zu. Mit einem einmaligen Volksentscheid zum Beitritt neuer Länder und Wahlen zu einem Europäischen Parlament, dessen Kompetenzen gegenüber der Exekutivlastigkeit europäischer Organe nur langsam ausgebaut werden, hält sich das demokratische Potential der EU (noch?) in engen Grenzen. Wo Frauen schon nationalstaatlich sich nur wenige öffentlich-politische Räume haben aneignen können, in denen informiert, diskutiert, an politischen Kompromissen gearbeitet genauso wie Toleranzzonen für Minderheitenmeinungen installiert werden können - wie und wo sollen solche Orte im Haus der Europa entstehen?

Die Beiträge dieses zweiten Bandes der *Politik der Geschlechterverhältnisse* eint denn auch eine eher düstere Perspektive.¹¹ Susanne Schunter-Kleemann zeigt auf, daß die EU in ihrer jetzigen Form allenfalls einen »gouvernemental verformten Staatsfeminismus« betreibt und keinerlei Anzeichen erkennbar sind, daß der Emanzipationsprozeß von Frauen stärker in den Blick rücken könnte. Zumal dieser in der jetzigen Definition der EU, nach denen sich die »Handlungsmöglichkeiten der Gemeinschaftsorgane ausschließlich auf das Marktgeschehen und die Sicherung des freien Wettbewerbs« beziehen (Schunter-Kleemann 1994: 23), allzu eng auf die Erwerbssphäre hin definiert bleibt. Anhand von Lohn-, Technologie- und Bürgerrechtspolitik geben drei Autorinnen Einblicke in die Regelungs- und Verrechtlichungsstrategien der EU und insbesondere in die »europäischen

¹¹ Die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Biester u. a. (1994b).

Patriarchalisierungstendenzen« (ebd.: 12). Daß diese selbst oft nicht unmittelbar sichtbar werden, sondern gleichsam hinter dem Rücken von EU-Entscheidungen stattfinden, zeigt besonders nachdrücklich der Beitrag von Diana Hummel zu *Frauenhandel und Europa 1993*. Anni Weiler setzt in ihrer Analyse der EU-Lohnpolitik auf das Instrument supranationaler Verrechtlichung: Eine »möglichst weitgehende direkte Rechtsgeltung von EG-Richtlinien« sei »im Fraueninteresse« (Weiler 1994: 53). Ob diese Universalisierung von Rechtsnormen jedoch insgesamt zum Abbau von Diskriminierungen führt, oder an anderer Stelle neue Ungleichheiten produziert, muß gegenwärtig eher skeptisch beantwortet werden.

Vor falscher Universalisierung und einer zu starken Fokussierung auf einen eng definierten Institutionenansatz warnt jedenfalls überzeugend Teresa Kulawik in ihrem Beitrag zur Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaats. Die mangelnde politikwissenschaftliche Antizipation des »Erdbebens« von 1992, in dem die Sozialdemokraten nach 62 Jahren die Regierungsmacht zum ersten Mal an die konservative Partei verloren¹², begründet sie mit einem zu statischen Forschungsansatz »aus analytischen Kategorien, die in systematischer Weise die gesellschaftliche und politische Realität verfehlen« (Kulawik 1994: 63). Die »Institutionenfixiertheit« habe zu einem Bias geführt, »mit dem die Forschungsperspektive auf die bestehende Ordnung und deren Reproduktion« gerichtet wurde (ebd.). In dieser Ordnung gab es keine eigenständigen frauenspezifischen Anliegen, sondern einen Universalismus von »Arbeitsbürgern« und »Eltern«. Geschlechterdisparitäten wurden unter Wachstumsbedingungen über eine Umverteilung von Männern hin zu Frauen erreicht (ebd.: 77), ohne daß grundsätzlich über einen geschlechtsspezifischen Zugang zu Markt- und Politikressourcen reflektiert wurde. Die Tatsache, daß Fraueninteressen nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, kann sich jetzt, so Teresa Kulawik, rächen (ebd.: 78). Das scheinbar universale wohlfahrtsstaatliche Konzept hat auf seiner Unterseite Machtungleichheiten produziert, für deren Artikulation es momentan keine Foren gibt. Eine eigenständige Frauenlobby, dies gilt für Schweden genauso wie für das »Europa am östlichen Rand«, das Britta Schmitt analysiert (Schmitt 1994: 112), ist deshalb unverzichtbar.

Die vorliegenden Beiträge legen in der Mehrheit eher Ansichten auf zukünftige Forschungsdesigns frei, als daß sie an bereits vorliegende empirische Studien synthetisierend anknüpfen könnten. Eine Dynamisierung und Vervielfältigung feministischer Beschäftigung mit supranationalen Institutionen ist denn auch höchst wünschenswert:

¹² Hier wird von der bürgerlichen Zentrumsregierung 1976-1982 abgesehen.

»Die Verbindung zwischen frauenpolitischen Strategien in den einzelnen EU-Ländern und frauenpolitischen Zielsetzungen auf supranationaler Ebene, vor allem die Rückwirkung gesamteuropäischer Gleichstellungskonzepte auf nationalstaatliche Frauenpolitiken sowie auf die soziale und politische Situation von Frauen bedarf der politikwissenschaftlichen Untersuchung und politischen Auseinandersetzung, sollen nationale wie supranationale Institutionen und deren Verflechtung nicht frauenausschließende Strukturen reproduzieren« (Holland-Cunz/Ruf/Sauer 1994: 13).

Die dringliche Aufforderung der Herausgeberinnen bezieht sich zwar zunächst auf einen spezifischen Forschungsgegenstand, aber sie bezieht sich nicht zuletzt auch auf die Arbeit an und im Geschlechterparadigma: Denn Aufschluß über die spezifischen Lebenssituationen von Frauen in Europa und über mögliche Mobilisierungswege können nur Studien geben, die das Geschlechterverhältnis als strukturierendes Merkmal jeweiliger Vergesellschaftung zentral setzen. Mit einer postmodernen Verabschiedung der Geschlechtskategorie hingegen wäre der analytische Blick z. B. auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Diskriminierungen verstellt. Die Dynamisierung einer »Politik der Geschlechterverhältnisse«, wie sie in den hier versammelten Beiträgen vorgestellt und analysiert wird, versucht hingegen ein Doppeltes: Sie will die Aneignung bis dato männlicher Politikfelder mit der Absicht verknüpfen, die Fallhöhen zwischen feministischer Theoriebildung und Praxis durch reichhaltige empirische Unterfütterung zu minimieren und mit dieser Arbeit wiederum das feministisch-theoretische Gerüst auszubauen. Die Politikwissenschaftlerinnen insistieren auf materiellen Analysen, auf »thick descriptions« (Clifford Geertz), und legen Gewicht vor allem auf die prozessuale und dynamische Dimension des Politischen. Bewußt wird Abstand genommen von rein strukturimmanenten genauso wie von primär interessegeleiteten Politikbegriffen. »Gleichstellungspolitik (muß) sowohl als strukturiertes Politikfeld als auch als strukturierendes Handlungsfeld, als politische Praxis also, begriffen werden« (Sauer 1994: 30). Wenn Birgit Sauer deshalb von der »strukturierten Struktur« spricht (ebd.: 31), dann wird hier ein monolithischer Begriff geöffnet und um eine aktive Handlungsdimension ergänzt.

Die hier vorgestellten Beiträge können denn auch als Beispiele dafür gewertet werden, wie mit dem Geschlechtsparadigma gearbeitet werden kann, ohne daß es notwendig ontologisiert, universalisiert oder naturalisiert werden muß.

»Das Geschlechterverhältnis ist ... die strukturelle Grundlage moderner Gesellschaft und Politik, die sich in materiellen Bedingungen von Produktion und Reproduktion manifestiert, aber auch ein in die Handelnden selbst eingeschriebens, imprägniertes Denk- und Handlungsmuster, das Ungleichheit und Herrschaft reproduziert und legitimiert« (Sauer 1994: 29).

Wird demnach, wie dies die vorliegenden Arbeiten tun, der Fokus verschoben weg von dem, was Geschlecht ist bzw. wie es spricht und hin zu dem, wie sich Geschlechterverhältnisse in konkreten Bezügen materialisie-

ren, dann sind komplexe situative, soziale und politische Aussagen über die Machtverteilung zwischen den Geschlechtern möglich. Diese Kontextbezogenheit läßt gleichwohl Theoriebildung zu, mehr noch, die feministische Theoriebildung setzt eine Kontextualisierung der Kategorie Geschlecht voraus. Auch jenseits definitorischer Zuschreibungen an das - oder Dekonstruktionen des - Geschlecht(s) können also Ausprägungen der Geschlechterverhältnisse beschrieben, kritisiert und politische Interventionen thematisiert werden. Die poststrukturalistische Diskursanalyse kann hierbei ein Instrument sein - aber ein Instrument unter anderen, verwendbar im Bemühen, Bedeutungen diskutierend zu festigen anstatt sie zu destabilisieren.

4. Politologische Männersichten auf den Feminismus

An dieser Stelle sei ein Exkurs erlaubt, der in den Paradigmenstreit gleichsam Stimmen von außen einführt: die Rezeption feministisch-politologischer Theorien durch männliche Standesvertreter. Es gilt zunächst positiv zu vermerken, daß in ersten Anfängen auch die etablierte Politikwissenschaft sich überzeugen läßt, daß a. Frauen und das Geschlechterverhältnis nicht nur legitimer, sondern zentraler Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung sind, und b. die feministische Politikwissenschaft in der Tat ergänzende und alternative Sichtweisen auf die Gegenstände der Disziplin freigibt. Wenn man nun genauer betrachtet, in welchen theoretischen Bezügen des Feminismus sich die männliche Rezeption »andockt«, dann ist auch hier ein Trend hin zur Rezeption des poststrukturalistischen oder postmodernen Feminismus zu verzeichnen. So ordnet zum Beispiel Klaus von Beyme in der neu erschienenen *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert* den Feminismus gleich ganz dem Kapitel *Postmoderne* zu (Beyme 1991: 296ff). Wolfgang Fach unterfüttert seinen Essay zu Frauenalltag und feministischer Theorie (Fach 1994) mit einer imposanten Kenntnis der unterschiedlichen feministischen Ansätze, schreibt seine Folgerungen gleichwohl ebenfalls in das postmoderne Paradigma ein. Und auch Claus Leggewie rückt den feministischen Differenz-Gedanken in unmittelbare Nähe postmoderner Explikationen (Leggewie 1994: 16).

Hat die wahrnehmbar rezeptive Haltung männlicher Standesvertreter gegenüber postmodernem Feminismus schlicht damit zu tun, daß sie zu gegebener Zeit - 1994 - an postmoderner Weltsicht nicht mehr vorbeikönnen? Welcher Erkenntniswert wird dem postmodernen Feminismus gegenüber traditionellen feministischen Ansätzen eingeräumt? An den Arbeiten von Beyme und Fach läßt sich aufzeigen, auf welche Weise feministische Theorie selbst »diszipliniert« bzw. zugerichtet wird, wenn ihre postmo-

derne Variante stellvertretend für »die« gegenwärtige Theoriebildung funktioniert (Beyme) - andererseits aber auch, auf welche Weise Facetten eines postmodernen Feminismus für die Ausformulierung politischer Strategien benutzt werden können, ohne sich mit unnötig viel paradigmatischem Gepäck zu beschweren (Fach).

Klaus von Beyme macht aus seiner grundsätzlichen Skepsis gegenüber feministischer Theorie kein Hehl:

»Feministische Bewegungen lassen sich als Teil der sozialen Bewegungen auffassen. Idealerweise müßten sie nicht Gegenstand einer gesonderten Bemühung um die Bildung einer politischen Theorie sein« (Beyme 1992: 296).¹³

Während von Beyme das vorhandene Spektrum an strukturkritischen feministischen Arbeiten so gut wie keine Erwähnung wert ist, schreibt er feministische »Theoriegeschichte«, auch wenn er sie freilich nicht so nennen mag, als Geschichte fortlaufender »theoretische(r) Entdifferenzierung« (ebd.: 305). Weil, so die Diagnose, der Feminismus als soziale Bewegung gescheitert sei, radikalisiere sich die Frauenbewegung und treibe gleichsam durch eigenes Verschulden in ihrer Bemühung um Theorie in eine »postmoderne Fragmentierung und Isolation« (ebd.: 301). Wie ist dieser Zusammenhang vorzustellen? Grundübel sind hierbei genau die Prämissen, die die feministisch-politische Theorie als ihr traditionelles Fundament betrachtete: Die Infragestellung der Differenz zwischen Abstraktion und Konkretion und die angestrebte Verzahnung von Theorie und Praxis. Die Frauenbewegung, desillusioniert über ihre faktische Mehrheitsunfähigkeit, ihre Unorganisierbarkeit und diverse Mißerfolge im Emanzipationsprozeß, versteigt sich in partikularistischen und »immer verstiegeneren Zirkeldiskussionen« (ebd.: 304). Mit dem postmodernen Feminismus sieht Beyme denn auch eine neue, vorläufige Kulmination dieser Entdifferenzierungs-Spirale heraufziehen.

Feministisch-postmodernes Sektierertum konstatiert von Beyme und als Folge eine »theoretische Selbstisolierung« (ebd.: 304). Schon die Anspielung auf die »Enttäuschungserlebnisse« anderer Bewegungen, die in dieser Phase von Insider-Wissenschaftslehren begleitet worden sind, genügt. Die Postmoderne ist also nicht ein »Zeichen der Reife der Bewegung, sondern ein gefährlicher Umschlagpunkt der Resignation« (ebd.).

Unter dem Strich erscheint für Beyme auf der Positivseite des postmodernen Feminismus allenfalls die Rezeption der Foucaultschen Machtanalyse

¹³ Vgl. als Gegenposition Silvia Kontos 1989, die belegt, daß sich die Frauenbewegung nicht umstandslos unter die Kategorie »neue soziale Bewegung« subsumieren läßt. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf eine Reihe von selektiven Wahrnehmungen in von Beymes Darstellung feministischer Theorie und Praxis einzugehen. Ich werde mich hier auf seine Rezeption der Beziehung von Postmoderne und Feminismus beschränken.

auf der einen, die »Vermeidung nicht mehr zeitgemäßer Ansprüche, die in der fragmentierten Konsumgesellschaft ohnehin undurchsetzbar geworden sind« (ebd.: 320) auf der anderen Seite. Jenseits dessen unterstreicht er ein hedonistisches Moment: daß nämlich postmoderner Feminismus die Fähigkeit entwickle, »seine schwache Position unter den fünf großen Emanzipationsbewegungen der Moderne durch die Förderung von Selbstwertgefühl im Widerstand zu kompensieren« (ebd.). Doch die Positiva bleiben ambivalent, ihre Würdigung hat mehr von einer Verbeugung vor dem Zeitgeist als von Identifizierung politiktheoretischer oder -praktischer Stärken. Es überwiegt das Bild des zeitgenössischen postmodernen Feminismus als marginalisierter hedonistischer Bewegung, und vor diesem Hintergrund mahnt von Beyme denn auch abschließend an, »daß die unvollendeten Projekte der Emanzipation von den unterdrückten Rassen bis zu den unterdrückten Frauen sich noch nicht den postmodernen Luxus der Verabsolutierung von Partikularinteressen gestatten können« (ebd.: 321). Für einen Rückzug in »postmoderne Feminismen unterschiedlicher radikaler Partikularinteressen« sei es »noch zu früh« (ebd.).

Resümierend bleibt der Eindruck, daß von Beyme die postmoderne feministische Theorie funktionalisiert: Ihr Irrationalismus paßt in die schematische Darstellung einer sich nicht politikfeldbezogen, sondern gleichsam weltanschaulich konstituierenden Bewegung und ihrer Theorie. Daß sich von Beyme ausführlich mit gynozentrischen und ökofeministischen Feminismen beschäftigt (ebd.: 310ff), andere strukturkritische neuere Forschungen jedoch unberücksichtigt läßt (zum Beispiel Hartsock 1983; Philips 1991; Benhabib 1987) bestätigt diese Wahrnehmung. Die kontinuierliche feministische Hybris, so mag man zwischen Beymes Zeilen lesen, zeitigt nun ein weiteres Kapitel unproduktiver Resultate. Der postmoderne Feminismus dient in der Beymeschen Perception dazu, einmal mehr das Unvermögen feministischer Theoriebildung zu verdeutlichen. Solche Rezeption ist und kann kein Argument gegen die Theorie sein. Aber die Theorie sollte sich gleichwohl bewußter als bislang mit dem Pluralismus der »Dekonstruktionen« befassen, die sie zuläßt. Die interpretativen Schief lagen jedenfalls, die eine selektive Rezeption postmoderner Theorie hervorbringen kann, tragen nicht zur Etablierung feministischer Positionen bei.

Daß der Zugang zur Postmoderne unter anderen Prämissen positiver ausfällt, zeigt Wolfgang Fach, der in seinem Essay von der *Not der Tugend/ Tugend der Not* eine anregende Konfrontation zwischen »Frauenalltag und feministische(r) Theorie« inszeniert (Fach 1994). Wie Frauen den Spagat zwischen Beruf und Familie bewerkstelligen, wird unter anderem anhand der Ergebnisse eines nordrhein-westfälischen Projekts dargestellt, das die Folgen des technischen Wandels bei der Umstrukturierung der Bundespost

auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen untersucht hat (Fach 1994: 8). Fach stellt zunächst unterschiedliche Sichtweisen auf die traditionelle Doppelbelastung von Frauen zur Disposition: Machen Frauen aus der Not, die den weiblichen Arbeitsalltag zur »strategischen Großoperation« (ebd.: 25) unter nur mangelhafter Beteiligung der Männer werden läßt, eine Tugend? Oder wird aus weiblich sozialisierter Tugend- und Moralvorstellung eine Selbstbescheidung, die notgedrungen in schlechtere Aufstiegschancen und ungleiche Verteilung von Hausarbeit mündet? Sichtweisen, die nicht gegeneinander mehr oder weniger Wahrheitsgehalt beanspruchen dürfen, sondern sich als Phänomen der »Not der Tugend der Not« entpuppen, in dem sich Bedürfnisse und Behinderungen gleichermaßen auffinden lassen: »Die Dialektik von Not und Tugend, soviel steht jedenfalls fest, widersetzt sich jeder einfachen Auflösung« (ebd.: 95). Es gibt die Notwendigkeit zum zweiten Einkommen, aber auch Stolz, eigenes Geld zu verdienen (ebd.: 20). Es gibt den Wunsch nach »Feminität« und das »Programm der Selbstbindung« (ebd.: 21) an einen Partner, aber es gibt auch den Wunsch nach Anerkennung und Kommunikation außerhalb der Familie.

Wenig explikatorischen Gewinn, so Fach, versprechen denn auch feministische Unterfangen, die zuvor als Schwäche interpretierte Differenz - geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Kindererziehung als zweifelhaftes Privileg der Frauen - in die Stärke von Mütterlichkeit umzumünzen: Solcher Feminismus, »dessen besonderer 'Dreh' darin besteht, daß er statt Verhältnissen Interpretationen ändert« (ebd.: 53) zementiert den Status quo. Auch eine »Reform von Rechtsvorschriften und Verhaltensroutinen« (ebd.: 47) erscheint bei Fach nicht als für sich genommen ausreichende feministische Agenda.

Auf der Suche nach feministischen Strategien zu Selbständigkeit und Aneignung von Macht untersucht Fach neben dem rationalistischen Gleichheitsstandpunkt - als Exempel gilt die Gewerkschaftspolitik - und dem anti-rationalistischen Mütterlichkeits-Credo auch das neue »post-rationalistische« Paradigma (ebd.: 55). Die »verstreuten Bemühungen, mit der Dekonstruktion etwas Konstruktives anzustellen« (ebd.: 56) erscheinen hinsichtlich der beschriebenen Realitäten suspekt:

»Der ironische Gestus läuft ... Gefahr, die Leichtigkeit des Seins so weit zu treiben, daß er einem verkrusteten Status quo am Ende nichts mehr entgegenzusetzen hat als den souveränen Schein 'dekonstruierter' Anpassung« (ebd.: 67). »Bei so viel voluntaristischer Unbestimmtheit - zumal einer, die mit dem männlich inspirierten Programm einer postmodernen 'Alles geht'-Philosophie assoziiert ist, nimmt es nicht Wunder, daß manche den Verdacht schöpfen, hier würden Frauen den Ast absägen, auf dem sie sich gerade niedergelassen haben« (ebd.: 55).

Fach schließt sich hier den Bedenken von Nancy Hartsock an:

»Woher kommt es, daß just zu einem Zeitpunkt, da so viele von uns, die vorher zum Schweigen verurteilt waren, damit begonnen haben, ihre Selbstbestimmung einzuklagen und nicht mehr als Objekte, sondern Subjekte der Geschichte zu handeln, daß ausgerechnet da der Subjektbegriff problematisch wird« (Hartsock 1990; zit. n. Fach 1994: 56).

In einer politischen Situation, in der weder der Kantsche Universalismus noch diverse Essentialismen Handlungsanleitungen produzieren, plädiert Fach pragmatisch für einen »strategischen Essentialismus«, der »durch den taktischen Wechsel 'wesentlicher' Festlegungen aus der jeweiligen Situation das Beste« herausholen kann (Fach 1994: 89). Doch jenseits solcher strategischer Interessenformierung im Namen eines Geschlechts muß feministisches Denken Identitäten thematisieren, Grenzen problematisieren und den Radius männlichen Denkens überschreiten (ebd.: 94) - und hierfür macht Fach schließlich Anleihen bei der postmodernen Theorie: Denn auch wenn »das ironische Spiel mit den miserablen Umständen und der parodistische Eingriff in versteinerte Verhältnisse... alles andere als entspannte Übungen« (ebd.: 69) sind - Ironie und Parodie sind gegenwärtig die einzig auffindbaren Schlüssel zum subversiven Umgang mit Übermächten.

Ohne daß man als Leserin am Ende der Lektüre zur Postmoderne konvertiert sein muß, leuchtet die von Fach praktizierte selektive Nutzung ein. Fachs Plädoyer gilt einem Postmodernismus der Gelegenheiten; und er betreibt damit in gewisser Weise selbst postmoderne Selektion: Die eklektische Nutzung und Interpretation postmoderner Versatzstücke wird neben anderen - politisch zugespitzteren - Strategien zu einem Versuchsmittel - nicht mehr und nicht weniger. Theoretische Überbaureflexion lehnt der Autor ab: Gibt es vor allem Denken und vor aller Gesellschaft zwei Geschlechter?

»An diesen Axiomen gibt es nichts herumzudeuteln - man kann sie nur akzeptieren oder demontieren, und postmoderne Feministinnen sind entschiedene 'Trümmerfrauen', die am Ende ihrer De(kon)struktionsarbeit nichts übriglassen. Es ist dann nur konsequent, wenn mit der Gattung auch der Begriff fällt« (ebd.: 55).

5. Schlußbemerkung

Wie kann nun abschließend der Paradigmenstreit in der feministischen Wissenschaft bewertet werden, und auf welcher Seite sollte sich dabei eine feministische Politikwissenschaft engagieren?

Erstens: Politikwissenschaftliche Feminismusforschung kann dazu beitragen, den verhärteten und meiner Ansicht nach falschen Gegensatz zwischen einem konstruierten Essentialismus und poststrukturalistischer Dekonstruktionsarbeit aufzulösen. Konzepte einer poststrukturalistischen »resignification of 'agency'« (Butler 1992: XVI) auf der einen, einer historisch und sozial situierten Dezentrierung des Geschlechterbegriffs auf der

anderen Seite sind hierfür beispielhaft. Das feministisch-politologische Projekt, nämlich das geschlechtsbezogene Verhältnis zu politischen Institutionen und zu den Instituten von Macht und Herrschaft zu thematisieren, schließt sich hier an: Es will falsche Essentialismen beseitigen und anstelle dessen neue Handlungsoptionen, einen vergrößerten politischen Raum für individuelle und kollektive Teilhabe schaffen.

Zweitens: Auf der Passage vom autonomen über das situierte hin zum dekonstruierten Selbst könnte eine Schnittstelle zwischen strukturkritischen und poststrukturalistischen Ansätzen da entstehen, wo Subjekte und Identitäten kontextualisiert, aber gleichwohl als Akteure in »strukturierten Strukturen« (Sauer 1994) wahrgenommen werden. Für Christine Sylvester heißt dies:

»The realization of multiplicity means that we can be sceptical of the assignment 'women' while searching for treasures that lie in women's rooms (or spaces of life) before rushing to torch the modern house-apartment-studio-hut-hovel-shanty of gender. Each space gives us a different location of subjectivity, a different element of identity« (Sylvester 1994: 13).

Dies bedeutet jedoch *drittens* eine Relativierung des poststrukturalistischen Diktums von der Unhintergebarkeit der Sprache, die auch die Linguistin Deborah Cameron fordert:

»The use of linguistic and metalinguistic resources to oppress others should not be ignored... but we must acknowledge the limitation of theories of oppression that do not go beyond the linguistic« (Cameron zit. n. Palmer 1990: 151).

Solche differenzierte Wahrnehmung von Sprache und Text wird inzwischen breiter angemahnt:

»Die Annahme, erst der Diskurs schaffe die Geschlechterdifferenz, die dann in Geschlechterdarstellungen zu sozialer Realität wird ... ist genauso naiv wie die Annahme, es gäbe eindeutig identifizierbare natürliche Geschlechtsunterschiede, die dann in gender-Konstrukten diskursiviert und ideologisch überformt werden.« (Landweer 1993: 37)

Viertens muß eine feministische Politikwissenschaft an der Re-Politisierung postmoderner Ansätze festhalten. Ein gerüttelt Maß an feministischer Energie ist im akademischen Raum gegenwärtig in Projekten gebunden, die zwar philosophisch spannend, aber politisch abstinenter bleiben. So hat die Postmoderne keinen Begriff von den asymmetrischen Tauschbeziehungen innerhalb der politischen Gesellschaft und, spezifischer, keinen Begriff von den Tauschbeziehungen zwischen den Geschlechtern, die die Mikrophysik täglicher Diskriminierung füttern. Genauso wie »Systemtheorie und neuerdings gesellschaftswissenschaftlich aufgebrühte 'Chaostheorie' als Auswege gesucht und ergriffen werden, um das Nichtbegriffene zu begreifen« (Narr/Schubert 1994: 229), setzt sich auch der postmoderne Feminismus der Gefahr aus, körperlose Theorie zu schreiben.

Deshalb muß zum Beispiel institutionenbezogen analysiert werden, was das Gefüge männlicher Herrschaft und patriarchaler Ressourcenverteilung

stabil hält. Ein individuell praktizierter subversiver Diskurs mag sich jenseits der Fragen von demokratischen Verkehrsformen, Rechten und sozialer Gerechtigkeit einrichten - als lebbar Alternative scheint dies aber für die Mehrzahl von Frauen an ihren gegenwärtigen Problemen deutlich vorbeizuführen. Die postmodernen Strategien der Ironie und Subversion können zum Beispiel angesichts von Massenarbeitslosigkeit im Einzelfall nur als zynisch erscheinen. Mit Ironie können zwar ab und zu Grenzen überschritten werden, aber es muß klar bleiben, daß die Postmoderne damit zuallererst eben nur »Sätze (die Sprache) statt Sachen (die Verhältnisse)« (Fach 1994: 95) zum Tanzen bringt.

Fünftens: Was Wolf-Dieter Narr und Alexander Schubert als »systematisch hergestellte Verwahrlosung« des Politischen (Narr/Schubert 1994, 88) beschreiben, gilt auch für die feministische Politik. Re-Politisierung heißt für die feministische Kritik deshalb auch, sich von einem Emanzipationsbegriff nicht vorschnell zu verabschieden, der ihr gegenwärtig abhandeln gekommen zu sein scheint. In den Neuerscheinungen der vergangenen Monate jedenfalls hat das Ringen um adäquate Deskription von Geschlecht und Differenz das Moment von Freiheit und Gerechtigkeit, das im Emanzipationsbegriff angelegt ist, fast völlig verdrängt. Verständlich ist dies allemal, weil der Fokus auf das »Quo vadis« eine Vielfalt von multiplen Wegen/Identitäten/Frauensubjekten zutage gefördert hat, deren individuelle Vorstellungen von Emanzipation durchaus nicht übereinstimmen müssen. Pluralisierung wurde zum magischen Stichwort für nicht mehr bündelbare Interessen. Die fälschlichen Versprechungen in jenem Pluralismus zu entschlüsseln, muß gleichwohl Projekt feministischer Politikwissenschaft sein. Das, was Lyotard der Kritischen Theorie vorwarf, daß sie zwar die Postmoderne vorwegnehme, sie jedoch mit einem altmodernen Konzept von Politik »unter dem Banner der Gerechtigkeit« kritisiere, scheint mir denn auch kein axiomatischer Widerspruch, sondern ein auch für feministische Theorie und Politik auszuhaltendes Spannungsverhältnis zu sein (vgl. Beyme 1994: 191).

Sechstens und *letztens:* Die Analyse des Geschlechterverhältnisses im Sinne institutionalisierter sozialer, ökonomischer und politischer Zusammenhänge steckt noch in den Anfängen (Becker-Schmidt 1989: 52). Die Frage von Carol Hagemann-White, »ob wir unsere Beteiligung am alltäglichen Geschlechterverhältnis auch lassen können?« (Hagemann-White 1993: 71) muß - und dies nicht nur aus politikwissenschaftlicher Sicht - in jedem Fall mit Nein beantwortet werden. Statt die Kategorie Geschlecht theoretisch zum Verschwinden zu bringen, während sie praktisch »well and alive« ist, sollte sie im emphatischen Sinne begreifbarer gemacht, kontextualisiert und historisch, kulturell, ökonomisch dynamisiert werden.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß unter dem Dach der Geschlechterforschung vielleicht mehr Souveränität angesagt sein könnte, eine Haltung also, die davon ausgeht, »daß die Frauenforschung oder die Frauen nicht alle theoretischen und politischen Probleme zu 'lösen' haben, die seit dem Zerfall totalisierender Theorien nicht mehr so einfach unter einem Dach zu denken sind« (Wobbe 1994: 136). In jedem Falle aber ist es für feministische Theoretikerinnen ratsam, sich ab und zu eine Anmerkung Ernst Blochs bezüglich der Marxschen Kritik an Feuerbach zu vergegenwärtigen: Da wird eine Betrachtung des Politischen verurteilt, »die nicht umhin zu können glaubt, die Dinge umzustellen, jedoch nur im Buch, und die Welt selber merkt nichts davon« (Bloch 1959: 319).

Literatur

- beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1993): Feminis-muß, Nr. 35.
- Benhabib, Seyla; Cornell, Drucilla (Hg.) (1987): *Feminism as Critique. On the Politics of Gender*, Minneapolis.
- Benhabib, Seyla; Butler, Judith; Cornell, Drucilla; Fraser, Nancy (1993): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*, Frankfurt/M.
- Beyme, Klaus v. (1992): *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*, Frankfurt/M.
- Biester, Elke; Geißel, Brigitte, Lang, Sabine; Sauer, Birgit; Schäfer, Petra; Young, Brigitte (1992): *Staat aus feministischer Sicht*, Berlin.
- Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Maleck-Levy, Eva; Ruf, Anja; Sauer, Birgit (Hg.) (1994a): *Gleichstellungspolitik - Totem und Tabus. Eine feministische Revision*, Reihe: Politik der Geschlechterverhältnisse Bd. 1, Frankfurt/M.
- Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Jansen, Mechtild M.; Maleck-Levy, Eva; Ruf, Anja; Sauer, Birgit (Hg.) (1994b): *Das unsichtbare Geschlecht der Europa. Der europäische Einigungsprozeß aus feministischer Sicht*, Reihe: Politik der Geschlechterverhältnisse Bd. 2, Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst (1959). *Das Prinzip Hoffnung*, Bd.1, Frankfurt/M.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M.
- Butler, Judith (1992): Contingent Foundations: Feminism and the Question of »Postmodernism«, in: *Butler, Judith; Scott, Joan W. (Hg.) (1992)*, S.3-21.
- Butler, Judith; Scott, Joan W. (Hg.) (1992): *Feminists theorize the Political*, New York.
- Fach, Wolfgang (1994): *Not der Tugend. Tugend der Not. Frauenalltag und feministische Theorie*, Opladen.
- Ferguson, Kathy E. (1984): *The Feminist Case against Bureaucracy*, Philadelphia.
- Ferguson, Kathy E. (1992): Politischer Feminismus und Dekonstruktionstheorien, in: *Das Argument* Nr. 196, S.873-885.
- Ferguson, Kathy E. (1993): *The Man Question. Visions of Subjectivity in Feminist Theory*, Berkeley.
- Flax, Jane (1992): The End of Innocence, in: *Butler, Judith; Scott, Joan W. (Hg.) (1992)*, S.445-463.
- Hagemann-White, Carol (1993): Die Konstrukteure des Geschlechts auf frischer Tat ertappen? Methodische Konsequenzen einer theoretischen Einsicht, in: *Feministische Studien* Nr. 2, S.68-78.
- Hartsock, Nancy M. (1985): *Money, Sex, and Power. Toward a Feminist Historical Materialism*, Boston.
- Haug, Frigga (1993): Anmerkungen zur Diskussion um die Kategorie 'Geschlecht', in: *Das Argument* Nr. 202, S.899-900.

- Honig, Barbara (1992): Toward an Agonistic Feminism: Hannah Arendt and the Politics of Identity, in: *Butler, Judith; Scott, Joan W. (Hg.) (1992)*, S.215-238.
- Knapp, Gudrun-Axeli (1992): Neuere Entwicklungen in der feministischen Machtdiskussion, in: *Biester et. al. (1992)*, S.19-36.
- Kontos, Silvia (1989): »Von heute an gibt's mein Programm« - Zum Verhältnis von Partizipation und Autonomie in der Politik der neuen Frauenbewegung, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen Sonderheft*, S.52-65.
- Kreisky, Eva (1993): Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr.1, S.23-35.
- Landweer, Hilge (1993): Kritik und Verteidigung der Kategorie Geschlecht. Wahrnehmungs- und symboltheoretische Überlegungen zur sex/gender Unterscheidung, in: *Feministische Studien* Nr. 2, S.34-43.
- Landweer, Hilge; Rumpf, Mechthild (1993): Kritik der Kategorie 'Geschlecht'. Streit um Begriffe, Streit um Orientierungen, Streit der Generationen? in: *Feministische Studien*, 11. Jg., Nr. 2.
- Leggewie, Claus (Hg.) (1994): *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*, Darmstadt.
- Lemke, Christiane (1994) *Geschlechterdifferenz und Geschlechterhierarchie als Problem von Theorie. Ansätze und Perspektiven einer politischen Theorie des Geschlechterverhältnisses im internationalen Vergleich* (Vortragsmanuskript).
- List, Elisabeth; Studer, Herlinde (Hg.) (1989): *Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik*, Frankfurt/M.
- MacKinnon, Catharine A. (1989): *Toward a Feminist Theory of the State*, Cambridge.
- Maihofer, Andrea (1990): Gleichheit nur für Gleiche? in: Gerhard, Ute; Jansen, Mechthild; Maihofer, Andrea; Schmid, Pia; Schulz, Irmgard (Hg.): *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*, S.351-367.
- Mouffe, Chantal (1992): Feminism, Citizenship, and Radical Democratic Politics, in: *Butler, Judith; Scott, Joan W. (Hg.) (1992)*, S.369-384.
- Narr, Wolf-Dieter; Schubert, Alexander (1994): *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt/M.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1994): Begründungen für die Bedeutsamkeit von Frauenforschung. Wissenschaftsimmanente Überlegungen, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft/ Senatskommission für Frauenforschung (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, S.43-46.
- Palmer, Bryan D. (1990): *Descent into Discourse. The Reification of Language and the Writing of Social History*, Philadelphia.
- Pateman, Carole; Gross, Elizabeth (Hg.) (1986): *Feminist Challenges. Social and Political Theory*, Boston.
- Pateman, Carole; Gross, Elizabeth (1988): *The Sexual Contract*, Stanford.
- Phillips, Anne (1991): *Engendering Democracy*, Cambridge.
- Rödel, Ulrich; Frankenberger, Günter; Dubiel, Helmut (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt/M.
- Sauer, Birgit (1992): Die Politikwissenschaft - ein 'Männerbund'. Zum Workshop »Staat aus feministischer Sicht«, in: *Initial. Berliner Debatte*, Nr. 1, S.96-98.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1992): French Feminism Revisited: Ethics and Politics, in: *Butler, Judith; Scott, Joan W. (Hg.) (1992)*, S.54-85.
- Sylvester, Christine (1994): *Feminist Theory and International Relations in a Postmodern Era*, Cambridge.
- Weber, Max (1921): *Politische Schriften*, München.
- Young, Brigitte (1992): Der Staat - eine 'Männerdomäne'? Überlegungen zur feministischen Staatsanalyse, in: *Biester et.al. (1992)*, S.7-18.